

Laibacher Zeitung.

Nr. 251.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Anstellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 31. October

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; fernst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1867.

Des h. Feiertages wegen erscheint die nächste Nummer am Samstag.

Mit 1. November

beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. November bis Ende December 1867:

Im Comptoir offen	1 fl. 84 kr.
Im Comptoir unter Couvert	2 " — "
Für Laibach ins Haus zugestellt	2 " — "
Mit Post unter Schleifen	2 " 50 "

Ämtlicher Theil.

Königliches Rescript

an den königl. Stellvertreter der Banalwürde in Croatien und Slavonien Baron Levin Rauch von Nyeck.

Wir Franz Joseph I. rc. rc.

Lieber Getreuer rc. rc.

Die Interessen unserer Gesamtmonarchie und das deren constitutioneller Neugestaltung in entsprechender Würdigung vielhundertjähriger historischer Ergebnisse zum Grunde gelegte oberste Regierungs- und Verwaltungsprincip erheischen es mit gebieterischer Nothwendigkeit, daß die Zusammenhörigkeit aller einer und derselben Reichshälfte und namentlich einer und derselben Krone angehörenden Königreiche und Länder in einer alle ihre gemeinschaftlichen Angelegenheiten umfassenden verfassungsmäßigen Gesamtvertretung zu einem organischen und wahrhaft lebenskräftigen Ausdrucke gelange, um nach genauer Fixirung der derselben ausschließlich zukommenden gemeinschaftlichen Angelegenheiten und deren Verhandlungsart das Maß und den Umfang der den einzelnen Königreichen und Ländern zukommenden autonomen und nationalen, legislativen und administrativen Befugnisse auf fest geregelter Grundlage klar und unverrückbar bestimmen zu können.

Da nun die beinahe seit acht Jahrhunderten zwischen unseren Königreichen Croatien und Slavonien und unserem Königreiche Ungarn zum beiderseitigen Heile bestandene Zusammenhörigkeit nicht nur seitens unserer erlittenen Königreiche wie in früherer so auch in neuerer Zeit, in deren Uns am 10. Februar, 10. März und 19. December 1866 unterthänigst unterbreiteten Landtagsadressen offen und unumwunden anerkannt und hervorgehoben, sondern da dieser durch Jahrhunderte, Gesetz und gemeinschaftliche Verfassung geheiligte Verband auch von Uns zu wiederholten malen auf das entschiedenste ausgesprochen und durch Unsere am 8. Juni d. J. glücklich vollzogene Krönung und Unsere königliche Sanction, welche Wir dem Uns vom ungarischen Reichstage unterbreiteten Delegationsgesetze zu ertheilen beauftragt worden ist, so halten Wir es für Unsere königliche Pflicht, der Vertretung der Königreiche Croatien und Slavonien zur Regelung der derselben mittelst Unseres Allerhöchsten Rescriptes vom 23. April 1867 mitgetheilten Beschlusses Unseres ungarischen Reichstages einestheils am gemeinsamen, alle den sämtlichen Königreichen und Ländern der h. Stephans-Krone gemeinschaftlichen Angelegenheiten einzig und allein zu verhandelnden Reichstage und wie sie andererseits in den von Seite der ungarischen Krone zu entscheidenden Delegationen vertreten sein wollen, und endlich wie sie die zwischen dem Königreiche Ungarn und den Königreichen Croatien und Slavonien annoch obwaltenden Ausgleichsverhandlungen einer ersprießlichen endgültigen Austragung zuzuführen gedenke, neuerdings Gelegenheit bieten und eröffnen zu müssen. Indem Wir Uns demzufolge allerhöchstentschieden, den Landtag Unserer geliebten Königreiche Croatien und Slavonien demnächst einzuberufen, glaubten Wir bei dem Umstande, daß in diesen Ländern weder bezüglich der Landtagscoordinirung, noch auch bezüglich der derselben zu Grunde liegenden Wahlordnung irgend eine gesetzliche Norm oder auch nur irgend welche gesetzliche Gepflogenheit vorhanden ist, vor allem für eine

Verfügung Sorge tragen zu müssen, nach welcher für jetzt und bis dahin, als eine gesetzliche Vereinbarung zwischen dem Landtage und der Krone diesbezüglich getroffen werden wird, die Landtagsvertretung besagter Königreiche zu erfolgen haben wird.

Wie Wir es nämlich bereits in Unserem Allerhöchsten Rescripte vom 21. Februar 1861 ausdrücklich hervorgehoben, ist die im Jahre 1848 vom damaligen Banus Freiherrn von Jellacic angeordnete und von den Einflüssen der damaligen bewegten Zeit getragene Landtags- und Wahlordnung eben nur für den Landtag vom Jahre 1848 eingeführt und unter wesentlichen, mittelst oberrühmten k. Rescriptes angeordneten Veränderungen auch für den Landtag 1861, und später laut des an den Banus Freiherrn v. Sotkevic am 24. Mai 1865 ergangenen Allerhöchsten Rescriptes auch für den Landtag vom Jahre 1865 mit der ausdrücklichen Beschränkung beibehalten worden, daß die vorerwähnte Landtags- und Wahlordnung eben nur für jeden dieser beiden Landtage in Anwendung zu bringen sei.

Je weniger es nach dem Vorausgeschickten bezweifelt werden kann, daß alle die seit der neuen Umgestaltungsperiode in den Jahren 1848, 1861 und 1865 einberufenen Landtage immer nur nach einem ad hoc und jedesmal nur *lunc pro nunc* genehmigten Modus zusammengebracht worden sind; so glauben Wir dennoch Unseren geliebten Königreichen Croatien und Slavonien einen neuen Beweis Unseres königlichen Wohlwollens und der von Uns jederzeit aufrichtig angestrebten Verständigung mit denselben dadurch zu geben, daß Wir die von deren letzter landtäglicher Vertretung im Jahre 1866/7 diesbezüglich ausgearbeiteten und Uns unterbreiteten Vorlagen mit Ausnahme jener wenigen Bestimmungen, die mit wohlervorbenen historischen und verfassungsmäßigen Ansprüchen und Berechtigungen im offenkundigen Widerspruche stehen, anzunehmen und als Grundlage für den nächstfolgenden Landtag mit provisorischer Gesetzeskraft zu versehen befunden haben.

Demgemäß haben Wir die wesentlichen vom besagten Landtage beantragten Bestimmungen, und namentlich die von demselben angetragene jedenfallsige Einberufung des croatisch-slavonischen Landtages in die Landeshauptstadt Agram mit Hinzunahme jedweder früher vorbehaltenen Beschränkung, und ebenso den Antrag, daß im Falle der vor Ablauf der Legislaturperiode allenfals anzuordnenden Landtagsauflösung sogleich Neuwahlen ausgeschrieben werden sollen, und daß der nachfolgende Landtag spätestens drei Monate nach Auflösung des früheren zusammenzutreten habe; ferner die beantragte Zahl von 66 Volksvertretern und die Bestimmung über die jedenfalls als Wahlorte zu gelten habenden Orte allergnädigst anzunehmen und zu bestätigen; die Wahl des Landtagspräsidenten und der beiden Vicepräsidenten der Uns früher vorbehaltenen Ernennung und Bestätigung zu entkleiden und endlich die vom besagten Landtage entworfene Wahlordnung mit unwesentlichen Abänderungen beizubehalten und zu genehmigen befunden; — während Wir andererseits auf diejenigen Bestimmungen der diesbezüglichen Entwürfe, wonach eine wenn auch nicht bedeutende Anzahl Unserer höchsten kirchlichen und weltlichen Würdenträger und ebenso ein Theil der Landesmagnaten ihres ihnen historisch und verfassungsmäßig zukommenden persönlichen Sitz- und Stimmrechtes entweder ganz verlustig gehen, oder aber hierin durch die beantragten vielseitigen und in dieser Ausdehnung in keinem anderen Lande vorkommenden Qualificationserfordernisse in ungerechtfertigter Weise verfürzt und beschränkt werden müßte, angesichts der uns obliegenden, die Wahrung aller den einzelnen Bevölkerungsklassen gesetzlich zustehenden Rechte in gleich gewissenhafter Weise anstrebenden königlichen Verpflichtungen einzugehen durchaus nicht in der Lage waren.

Nebstbei haben Wir in richtiger Ermägung des Umstandes, daß eine ruhige, besonnene und unparteiische Leitung der Wahlen für sämtliche dabei Berechtigte von großem und durchaus nicht zu unterschätzendem Belange sei, für besagte Leitung den im Jahre 1861 mit Allerhöchster Entschliessung vom 21. Februar d. J. vorgeschriebenen Modus auch fernerhin beizubehalten und überdies in Hinblick auf alle dem freieren Fortschrittschritts huldigenden Länder den im betreffenden Landtagselaborate zu hoch gegriffenen und mit den vorhandenen Verhältnissen in keinem richtigen Ebenmaße stehenden Censur von 5, 20 und 30 fl. auf 5, 15 und 30 fl. festzusetzen befunden.

Indem Wir daher der Uns seinerzeit vorgelegten und in Gemäßheit vorstehender Grundsätze modificirten

Landtagscoordinirungs- und Wahlordnung, wie erwähnt, für jetzt und insoweit, als nicht im gesetzlichen verfassungsmäßigen Vereinbarungswege etwas anderes festgestellt werden wird, Unsere Allerhöchste Genehmigung ertheilen, beauftragen Wir Euer Lieben und Getreuen, die hiemit mitfolgenden Anordnungen in herkömmlicher Weise sofort verlautbaren und in deren Gemäßheit die ungefähmte Vornahme der Wahlen für den demnächst einzuberufenden Landtag vornehmen und bei Eröffnung desselben ihm gegenwärtiges Allerhöchstes Rescript sammt Beilagen kund geben lassen zu wollen.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien am 20. des Monates October im Jahre des Heils eintausend achthundert siebenundsechzig, Unserer Reiche im neunzehnten.

Franz Joseph m. p.

Emil Freiherr v. Kuscevic,

Feldzeugmeister m. p.,

Auf Allerhöchste Anordnung Sr. k. k. Apostolischen Majestät:

Dr. Eduard Jellachich v. Buzim m. p.

Das Ministerium für Cultus und Unterricht hat die für die k. k. Lehrerbildungsschule in Brünn neu systemisirte Dienststelle des Directors, zugleich Lehrbildners, dem Normalchuldirector Johann Chmieleczek und jene in Olmütz dem Normalchuldirector Franz Schmied verliehen.

Das Handelsministerium hat den Obertelegraphisten erster Classe und Amtsleiter in Aisch Johann Haschlka zum Controlor bei der Telegraphenhauptstation in Prag ernannt.

Am 29. October 1867 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das LIV. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 128 den Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen vom 5. August 1867 wegen Herstellung der Eisenbahnverbindungen Landshut-Schwadowitz und Bidentzwer-Glag. (Abgeschlossen zu Berlin am 5. August 1867. Von Sr. k. k. Apostolischen Majestät ratificirt am 16. September 1867. Die Auswechslung der Ratificationsurkunden hat zu Berlin am 4. October 1867 stattgefunden.) (Wt. Btg. Nr. 257 v. 29. October.)

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 30. October.

In der römischen Frage hat die Proclamation des Königs Victor Emanuel die Bedeutung eines Ereignisses. Wir lassen hier ihren Wortlaut folgen:

„Banden von Freiwilligen, aufgereizt und verführt durch das Werk einer Partei, haben weder mit meiner Ermächtigung, noch mit jener meiner Regierung, die Grenzen des Staates verletzt. Die gleicher Weise von allen Bürgern den Gesetzen und den vom Parlamente und mir sanctionirten internationalen Abmachungen schuldicte Achtung schreiben uns unter diesen ersten Verhältnissen eine unerbittliche Ehrenpflicht gegen Europa vor. Man weiß, daß das in den uns benachbarten Gebieten erhobene Banner, auf welchem die Vernichtung der obersten geistlichen Gewalt des Oberhauptes der katholischen Religion geschrieben steht, nicht das meine ist. Dieser Versuch verletzt das gemeinsame Vaterland in eine schwere Gefahr und legt mir die gebieterische Pflicht auf, gleichzeitig die Ehre des Landes zu retten und nicht zwei gänzlich sich unterscheidende Angelegenheiten und zwei gänzlich verschiedene Gegenstände in einen zu vermengen.“

„Italien muß über die Gefahren beruhigt werden, welche ihm drohen können, Europa muß überzeugt sein, daß Italien, tren seinen Verbindlichkeiten, die öffentliche Ordnung weder stören wolle, noch könne.“

„Ein Krieg mit unseren Allirten würde ein Bruderkrieg zwischen zwei Armeen sein, welche für dieselbe Sache gekämpft haben. Nachdem mir das Recht, über Krieg und Frieden zu entscheiden, allein zusteht, so kann ich dessen Umrührung nicht dulden. Ich habe demnach das Vertrauen, daß die Stimme der Vernunft gehört werden wird und die italienischen Bürger, welche dieses Recht verletzt haben, sich rasch hinter die Linie unserer Truppen zurückziehen werden. Die Gefahren, welche die Unordnungen und die unüberlegten Projecte bei uns hervorrufen können, müssen durch die feste Aufrechterhaltung der Autorität der Regierung und der Unverletzlichkeit des Gesetzes beschworen werden. Die Ehre des Landes ist in meinen Händen und das Vertrauen, welches die Na-

tion in den schmerzlichsten Tagen in mich gesetzt hat, kann mir nicht fehlen, wenn die Ruhe in den Gemüthern wieder zurückgeführt und die öffentliche Ordnung wieder vollständig hergestellt sein wird. Meine Regierung, in Uebereinstimmung mit Frankreich, wird sich nach dem Votum des Parlaments mit aller Loyalität bestreben, ein nützliches Auskunftsmitglied aufzufinden, geeignet, der ersten und wichtigen römischen Frage ein Ziel zu setzen.

„Ich habe stets Vertrauen in eure Klugheit gehabt und werde es haben, so wie ihr es gehabt habt in die Liebe eures Königs zu dem großen Vaterlande, welches wir nach gemeinsamen schweren Opfern endlich in die Reihe der Nationen zurückgeführt haben und welches wir unseren Kindern unverehrt und geehrt übergeben müssen.“

Diese Proclamation ist vom Könige und allen Ministern unterzeichnet.

Die Börse, welche durch die letzten Nachrichten in starke Aufregung gerathen war, hat sich augenblicklich beruhigt, und der erste, würdevolle Ton, welchen der „erste Degen Italiens“ anschlägt, ist geeignet, die bedenklich gewordene Sachlage in eine mildere, friedlichere Phase hinüberzuleiten. Die Neigung zur Verständigung findet in Paris volles Entgegenkommen.

Das „Journal de Paris“ erfährt, daß die von Toulon abgehenden Truppen Befehl haben, vorerst in Civitavecchia zu bleiben und nur im Falle sehr ernster Ereignisse eintreten sollten, nach Rom vorzuziehen. Trotz des ersten Aufschlages der Sachlage sei jedoch in politischen Kreisen die Ansicht verbreitet, daß eine Transaction zwischen Paris und Florenz zu Stande kommen könnte, indem die italienischen Truppen verschiedene Punkte des päpstlichen Gebietes und die Franzosen Civitavecchia besetzen würden.

Die „Corr. Hav.“ schreibt: „Wie man von gewisser Seite bemerkt macht, werden die französischen Kriegsschiffe, welche von Toulon abgefahren sind, allerdings sich direct vor Civitavecchia begeben, jedoch auf der Rhebe verweilen, und nur in Folge neuer Befehle oder beim Eintreten bestimmter Ereignisse die Truppen, welche am Bord sind, ans Land setzen. Letzteres dürfte namentlich in dem Falle geschehen, daß die Garibaldianer die weltliche Herrschaft und die Sicherheit des Papstes ernstlich zu gefährden anfangen. Sollte jedoch die päpstliche Armee, was man immer noch hofft, der Eindringlinge Herr werden, so würde keine Landung erfolgen. Unbedingt würde man aber vorgehen, wenn die italienische Armee die Grenze überschreiten sollte, um mit den Garibaldianern oder gegen sie zu gehen. Auch soll man bis jetzt entschlossen sein, sofort nach Beseitigung der Gefahr für den heiligen Stuhl wieder an Bord der Schiffe zurückzugehen.“

Die neuesten Nachrichten sprechen allerdings von dem Erscheinen Garibaldi's vor Rom, welches der kühne Abenteurer im Jahre 1849 so lange und glücklich gegen die Franzosen vertheidigte. Seitdem haben die Franzosen wohl nichts unterlassen, um die Widerstandskraft der Hauptstadt zu erhöhen, und so ist jedenfalls keine unmittelbare Gefahr vorhanden. Rom ist der Kern der ganzen Frage, und so lange dieses in guter Verwahrung ist, wird die Befestigung der Umgebungen durch die Freischaaeren von keinem Einfluß auf die Entscheidung sein. Allerdings aber tritt die Nothwendigkeit einer definitiven Lösung der römischen Frage immer drängender in den Vordergrund. Diese Kämpfe dürfen sich nicht wiederholen, die Ruhe Italiens, Europa's, der Christenheit verlangt dies. Aber es handelt sich darum, eine der Unabgängigkeit des Papstes nicht gefährliche Lösung ausfindig zu machen. Hoffen wir, daß sie der Weisheit und dem allseitigen Wunsche der Cabinete nach Erhaltung des Friedens gelingen wird.

45. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 28. October.

Präsident Dr. Giskra eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 50 Min.

Auf der Ministerbank: Graf Taaffe und Herr v. Hye. Es wird bemerkt, daß Prof. Kun seinen bisherigen Platz bei den Slovenen verlassen und in der letzten Bank des Centrums seinen Sitz gewählt hat.

Petitionen um Aufhebung des Concordates sind eingetroffen von 17 Gemeindevertretungen und einer Bezirksvertretung (und mehreren anderen Dorfgemeinden in Südböhmern, unter Erklärung der Zustimmung zum Vorgehen des Abgeordnetenhauses und Protest gegen jede andere Meinungsäußerung, als dem denkenden Theil der Bevölkerung widersprechend).

Vom Justizministerium wird der Entwurf einer neuen Strafproceßordnung überreicht mit dem Antrag, dieselbe dem beschleunigten Verfahren zu unterziehen.

Die Debatte über das Schulgesetz wird fortgesetzt.

§ 7 lautet:

„Die Lehrbücher für den Gebrauch in den Volks- und Mittelschulen, sowie in den Lehrerbildungsanstalten bedürfen nur der Genehmigung der durch dieses Gesetz berufenen Organe.

Religionslehrbücher können jedoch erst dann diese Genehmigung erhalten, wenn sie von der bezüglichen confessionellen Oberbehörde für zulässig erklärt worden sind.

Den Lehrern ist die Wahl aus den zum Gebrauche genehmigten Lehrbüchern freigestellt.“

Prof. Herbst spricht gegen die dritte Alinea, weil dieselbe nur eine Detailbestimmung enthalte, welche nicht in dieses Gesetz gehört, sondern der Ausführung des Gesetzes überlassen bleiben muß.

Die ersten zwei Alinea's werden mit großer Majorität angenommen, die dritte abgelehnt.

§ 8. „Das Einkommen der Normalschulden, des Studienfonds und sonstigen Stiftungen für Unterrichtszwecke ist ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis zu verwenden, insofern es nicht nachweisbar für gewisse Glaubensgenossen gewidmet ist.“

Wird ohne Debatte angenommen.

Bei § 9: „Der Staat übt die oberste Leitung und Aufsicht über das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen durch das Unterrichtsministerium aus“, nimmt der Abg. Krzczunowicz das Wort, indem er die Ansicht ausspricht, daß diese Bestimmung nicht in das Gesetz gehört. Er fragt, ob es rathlich erscheine, über die bekannte Bitte des galizischen Landtages hinwegzugehen. Man sollte mit der Entscheidung innehalten, bis der Reichsrath über die Competenz der Centralstellen über die Administration seine Beschlüsse fassen wird.

Auch wäre es dem Constitutionalismus angemessener, wenn zur obersten Aufsicht über einen ganzen Verwaltungszweig das Gesamtministerium berufen würde. Redner beantragt also, in dem Paragraph zu setzen statt „Unterrichtsministerium“ bloß „Ministerium.“

Der Paragraph wird unverändert genehmigt.

Die folgenden Paragraphen kommen zusammen zur Berathung, und zwar

§ 10. „Zur Leitung und Aufsicht des Unterrichtes und Erziehungswesens werden in jedem Königreiche und Lande a) ein Landeschulrath als oberste Landeschulbehörde; b) ein Bezirkschulrath für jeden politischen Bezirk, sowie jede mit eigenem Statute versehene Stadt; c) ein Ortsschulrath für jede politische Schulgemeinde bestellt.“

§ 11. „Der bisherige Wirkungskreis der geistlichen und weltlichen Schulbehörde, und zwar: a) der Landesstelle, der kirchlichen Oberbehörden und Schuloberaufsicht; b) der politischen Bezirksbehörde und der Schuldistrictaufseher; c) der Districtsorger und Ortsschulaufseher hat, unbeschadet der Bestimmung des § 2, an die im § 10 bezeichneten Organe überzugehen.“

§ 12. „In den Landeschulrath sind unter dem Vorstehe des Statthalters (Landeschefs) oder seines Stellvertreters, Mitglieder der politischen Landesstelle und des Landesauschusses, Geistliche aus den im Lande bestehenden Confessionen und Fachmänner im Lehrwesen; in den Bezirkschulrath unter dem Vorstehe des Bezirksvorstehers oder seines Stellvertreters, und in den Städten mit eigenen Statuten unter dem Vorstehe des Bürgermeisters oder seines Stellvertreters, Gemeindevorsteher, Geistliche der im Bezirke bestehenden Confessionen und Fachmänner des Lehrwesens berufen. Der Ortsschulrath besteht aus Mitgliedern der Gemeinde, Geistlichen der in der Gemeinde bestehenden Confessionen und Fachmännern des Lehrwesens, welche den Vorstehenden aus ihrer Mitte wählen.“

§ 13. „Mit Beachtung dieser grundsätzlichen Bestimmungen sind in den obgenannten Königreichen und Ländern die Anordnungen für die Volks- und Mittelschulen, so wie die Lehrerbildungsanstalten im Wege der Landesgesetzgebung zu erlassen. Insbesondere sind durch die Landesgesetzgebung die näheren Bestimmungen der Uebertragung des Wirkungskreises der bisherigen geistlichen und weltlichen Schulbehörden an den Landes-, Bezirks- oder Ortsschulrath, sowie eine allfällige Erweiterung dieses Wirkungskreises, dann die näheren Bestimmungen über die Einrichtung dieser Organe festzusetzen. Ebenso ist durch die Landesgesetzgebung zu bestimmen, ob und wiefern Mitglieder der Gemeinden, welche Mittelschulen entweder ganz oder theilweise erhalten, in den Landeschulrath einzutreten haben.“

Dr. Peter Groß erkennt das Streben des Ausschusses an, der Autonomie Rechnung zu tragen, trotzdem seien die Bestimmungen einer strengen Prüfung zu unterziehen, und von diesem Standpunkte gelangt der Redner zu dem Schluß, daß die Volks- und Mittelschulen unter den Landtagen stehen müssen. Auch sind einzelne Bestimmungen, namentlich die des § 11, zum Theil, wie Dr. Groß bezüglich Galiziens nachweist, gar nicht durchführbar. Redner stellt eine Reihe von Abänderungsanträgen und Amendements. Im § 10 habe es zu lauten: „ein Bezirkschulrath für einen oder mehrere politische Bezirke, sowie die durch ein Landesgesetz mit einem eigenen Statut versehene Stadt — ferner ein Ortsschulrath für jede Schulgemeinde. Ein weiterer Antrag geht dahin, im § 12 die Alinea 2 wegzulassen und dafür zu setzen: „Die Zusammensetzung des Bezirks- und Ortsschulraths wird durch ein eigenes Landesgesetz festgestellt.“ Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, so beantragt der Redner eine Reihe von anderen Aenderungen des § 13.

Baron Petrino glaubt, der Vorredner sei auf halbem Wege stehen geblieben. Er weist ebenfalls auf die Undurchführbarkeit mancher Bestimmungen hin, namentlich mit Berufung auf die Bukowina, in der neun verschiedene Confessionen bestehen. Redner beantragt, statt der §§ 11, 12 und 13, folgenden Paragraph zu setzen: „Zur Leitung und Aufsicht des Unterrichtes- und Erziehungswesens sind in den einzelnen Ländern unter einem Landeschulrath als oberster Landeschulbehörde eigene Behörden einzusetzen, an welche der bisherige Wirkungskreis der weltlichen und geistlichen Schulbehörde übergeht.“

Prof. Herbst erklärt sich im wesentlichen mit der Ansicht des Abgeordneten Groß einverstanden und kündet eine Reihe von Amendements zu den §§ 10 bis 13 an.

Es lag nun eine solche Reihe von Anträgen vor, daß der Berichterstatter sich bewogen sah, eine Unterbrechung der Sitzung zu beantragen, damit der Ausschuss zu einer Berathung zusammentreten könne. Nach etwa einstündiger Pause trug der Berichterstatter die Beschlüsse des Ausschusses vor, die sich im Wesentlichen an die Anträge Herbst's anschließen. § 10 hat demnach zu lauten:

„Zur Leitung und Aufsicht über das Erziehungswesen, dann über die Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten wird in jedem Königreiche und Lande a) ein Landeschulrath als erste Landeschulbehörde; b) ein Bezirkschulrath für jeden Schulbezirk; c) ein Ortsschulrath für jede Schulgemeinde bestellt.“

Die Einteilung des Landes in Schulbezirke erfolgt durch die Landesgesetzgebung.“

§ 11 bleibt unverändert.

§ 12 hat zu lauten:

„In den Landeschulrath sind unter dem Vorstehe des Statthalters oder seines Stellvertreters Mitglieder der politischen Landesstelle, Abgeordnete des Landesauschusses, Geistliche aus den im Lande bestehenden Confessionen, Fachmänner im Lehrwesen zu berufen. Die Zusammensetzung der im § 10 Lit. b und c bezeichneten Bezirks- und Ortsschulräthe wird durch ein Landesgesetz festgestellt.“

§ 13 hat zu lauten:

„Die zur Durchführung dieser grundsätzlichen Bestimmungen erforderlichen Anordnungen sind in den obgenannten Königreichen und Ländern im Wege der Landesgesetzgebung zu erlassen; durch die Landesgesetzgebung sind insbesondere die näheren Bestimmungen in Betreff der Zusammensetzung und Einrichtung des Landes-, Bezirks- und Ortsschulraths, dann die gegenseitige Abgrenzung des Wirkungskreises derselben, ferner die näheren Bestimmungen hinsichtlich des Ueberganges des Wirkungskreises der bisherigen geistlichen und weltlichen Schulbehörden an den Landes-, Bezirks- und Ortsschulrath festzusetzen. Insbesondere ist durch die Landesgesetzgebung zu bestimmen, ob und inwiefern ausnahmsweise auch Abgeordnete von bedeutenden Gemeinden in den Landeschulrath einzutreten haben.“

Gegen den § 11 sprachen Zyblikiewicz, Krzczunowicz und Sawczynski, für denselben Herbst. Sämmtliche Paragraphen wurden nach dem Antrage des Ausschusses angenommen.

Die nächste Sitzung ist morgen. Zur Verhandlung gelangt unter anderem die Petition des Jonas Freund in Przemiesl um Entlassung seiner Tochter aus dem Benedictiner-Nonnenkloster in Lemberg.

Die Kaiserreise.

Den bereits telegraphisch mitgetheilten Nachrichten über den Aufenthalt Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich in der französischen Hauptstadt fügen wir noch folgende Meldungen bei:

Am Tage nach der Ankunft haben Se. Majestät in Begleitung der Erzherzoge der Königin der Niederlande einen Besuch abgestattet.

Am 25. beehrten Se. Majestät das Theatre francais mit Allerhöchstihrer Gegenwart und wurden mit lauten Zurufungen empfangen.

Der Jagd in Saint Germain am 26. wohnten nebst den beiden Kaisern und den Erzherzogen auch der Herzog von Leuchtenberg, Prinz Alexander, Baron Beust, Graf Andrássy, Herzog von Grammont, Fürst Metternich und das Gefolge Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich bei.

Bei der am 24. stattgehabten Bestätigung der Ausstellung war auf den ausdrücklichen Wunsch Sr. Majestät keine die Circulation des Publicums hemmende Maßregel getroffen worden. Auch bei diesem Anlaß gab sich aller Orten die wärmste Sympathie der Pariser Bevölkerung kund. Nach der Rückkehr in den Elysée-Palast empfing der Kaiser von Oesterreich den Herzog v. Leuchtenberg und dann den Baron Bourqueney, ehemaligen französischen Gesandten in Wien. Hierauf erhielten der Seine-Präfect und eine Deputation der Municipalcom-mission von Paris Audienz, um Se. Majestät zu einem großen Banket und Concert für nächsten Dienstag im Stadthause einzuladen. Im Laufe des Nachmittags stattete Kaiser Franz Joseph dem Prinzen und der Prinzessin Napoleon, der Prinzessin Mathilde und allen übrigen Mitgliedern der kaiserlichen Familie seinen Besuch ab. Abends war Familienbinder in St. Cloud, wozu auch die Königin von Holland, die Prinzen und die Prinzessinnen des kaiserlichen Hauses, Fürst und Fürstin Metternich, so wie das gesammte Personal der österreichischen Botschaft geladen waren. Nach dem Diner wurde ein kleines Salonstück aufgeführt. (Wr. Zig.)

Paris, 29. October. Dem gestern im Hotel de Ville zu Ehren des Kaisers von Oesterreich gegebenen großen Bankette wohnten bei: Der Kaiser Napoleon, die Kaiserin, die Königin von Holland, König Ludwig I. von Baiern, die Erzherzoge Karl Ludwig und Ludwig Victor, die Prinzessin Mathilde, der Herzog von Leuchtenberg, Prinz Joachim Murat, Abbe Lucian Bonaparte, Prinz Charles Napoleon, die Prinzessin Christine Bonaparte, die Botschafter mit Gemahlinnen, die Gesandten der fremden Mächte, viele hohe fremde Würdenträger, die Municipalräthe, die Maires und ihre Adjuncten.

Die Majestäten traten um halb 8 Uhr ein und wurden mit der österreichischen Nationalhymne begrüßt und vom Präfecten Baron Haugmann empfangen.

Beim Dessert brachte Kaiser Napoleon den folgenden Toast aus: „Ich trinke auf die Gesundheit des Kaisers von Oesterreich und der Kaiserin Elisabeth, deren Abwesenheit wir lebhaft bedauern. Ich bitte Euer Majestät diesen Toast zu genehmigen, als den Ausdruck unserer tiefen Sympathien für Ihre Person, Ihre Familie und Ihr Land.“

Der Kaiser von Oesterreich antwortete mit gehobener Stimme die folgenden Worte:

„Sire, ich bin von dem Toast, welchen Euer Majestät auf mich soeben ausbrachten, sehr gerührt. Als ich vor einigen Tagen in Nancy die Gräber meiner Ahnen besuchte, konnte ich nicht einen Wunsch unterdrücken.“

Könnten wir, sagte ich mir, in dieser der Obhut einer hochherzigen Nation anvertrauten Gruft alle Zwietracht begraben, welche zwei Länder, berufen zusammen auf den Bahnen des Fortschrittes und der Civilisation zu schreiten, getrennt hat! (Allgemeine Zeichen der Zustimmung und wiederholter Beifall.) Könnten wir durch unsere Einigkeit ein neues Pfand jenes Friedens bieten, ohne welchen die Nationen nicht gedeihen können! (Bravo! Bravo! Es lebe der Kaiser!) Ich danke der Stadt Paris für den Empfang, welchen sie mir bereitet hat, denn in unseren Tagen haben die Beziehungen der Freundschaft und des guten Einverständnisses zwischen den Souverainen einen doppelten Werth, wenn sie sich auf die Sympathien und Bestrebungen der Völker stützen. Auf das Wohl des Kaisers, der Kaiserin, des kaiserlichen Prinzen, auf das Wohl Frankreichs und der Stadt Paris!

Diesem Toaste folgten enthusiastische Beifallsbezeugungen und Rufe: Es lebe der Kaiser!

Die Majestäten zogen sich um 11 Uhr zurück und wurden bei ihrem Abgange von einer ungeheuren Volksmenge enthusiastisch begrüßt.

Die Insurrection in Rom.

Aus glaubwürdiger Quelle gehen der „W. Abdpst.“ über die letzten Vorgänge in Rom nachstehende interessante Notizen vom 23. October zu:

Schon seit einigen Tagen war es in Rom bekannt, daß das revolutionäre Comité, namentlich um die öffentliche Meinung irrezuführen und den Glauben einer für den heiligen Vater ungünstigen Stimmung der römischen Bevölkerung zu verbreiten, sich damit beschäftigte, eine Art Insurrection in Scene zu setzen. Wirklich ließ sich gestern Abends, gegen 7 Uhr, in der Gegend der Citta Leonina (Quartier des Vatican) eine starke Detonation vernehmen. Es zeigte sich, daß unter der Caserne der Zuaven, genannt Scristori, eine von der Bewegungspartei angebrachte Pulvermine in die Luft gegangen sei. Ein Theil der Caserne ward zerstört. Leider wurden einige brave Soldaten und mehrere zufällig die Straße passierende Leute unter den Trümmern begraben. Gleichzeitig hatte sich eine etwa 3- bis 500 Mann starke Bande aus Leuten bestehend, welche in den letzten Tagen sich in kleinen Wagen oder einzelnen Gruppen in die Stadt geschlichen hatten, gebildet und in Waffen bei der Pyramide des Cestius versammelt; sie drang durch das Paulus-Thor in die Stadt, durchstrich die gegen Ara-Coeli führenden Straßen, griff einen Officier der Gendarmerie an, welcher sich tapfer verteidigte, und suchte unter dem Rufe: „Es lebe Garibaldi und die Republik!“ sich des Capitols zu bemächtigen. Hier jedoch erreichte der verbrecherische Versuch sein Ende. Die Truppen waren mittlerweile herbeigeeilt und einige Detachements der Infanterie genötigt, um die Angreifer in die Flucht zu schlagen, von welchen ein großer Theil auf frischer That ergriffen und in Haft genommen wurde. In wenigen Minuten war die Ruhe wieder hergestellt. Nirgend hatte das römische Volk mit der Bewegung sympathisirt, deren Theilnehmer den bisher gepflogenen Erhebungen zufolge beinahe alle von außen gekommen waren. Die Truppen haben nur ungefähr 12 Mann an Todten und Verwundeten verloren. Die Garibaldianer erlitten viel bedeutendere Verluste, den Blutspuren nach zu urtheilen, welche nach dem Kampfe auf der Wahlstätte Ara-Coeli am Fuße der zum Capitol führenden Stiege vorgefunden wurden. In der Caserne Scristori hatte das schändliche Attentat die meisten Opfer gefordert. Von 9 Uhr Nachts an herrschte überall die tiefste Ruhe. Die Kaffeehäuser und andere öffentliche Orte waren geschlossen und heute erblickt man überall nur Neugierige, welche laut und entschieden das Attentat verdammen und unter Ausrufungen lebhafter Befriedigung die zahlreichen Schaaren der Unruhstifter vorüberfahren sehen, welche während der Nacht und des Morgens der Polizei in die Hände gefallen sind.

Die Behörden und die Truppen haben bei diesem Anlasse die eifrigste Thätigkeit entwickelt und sind überall sofort und mit größter Energie eingeschritten. Die Haltung der Einwohner der römischen Hauptstadt war eine nach jeder Richtung hin befriedigende.

Oesterreich.

Wien, 28. October. (Das ottomanische Anlehen.) Die „W. Abdpst.“ schreibt: Wir werden um Aufnahme folgender Erklärung ersucht: „Die kaiserlich ottomanische Botschaft ist ermächtigt, das in dem Abendblatte der „Presse“ vom 25. d. M. enthaltene Privattelegramm aus Paris, wonach die hohe Pforte drei Vertrauensmänner nach Paris und London behufs der Aufnahme eines Anlehens von hundert Millionen Francs gesendet habe, im Ganzen und Einzelnen als unbegründet zu erklären.“

— 28. October. (Pr.) (Der Gesetzentwurf über die Delegationen), wie er vom Subcomité des Verfassungsausschusses beschlossen wurde, liegt uns bereits vor und wir heben hier aus demselben jene Paragraphe hervor, welche die Bescheidung der Delegationen durch den Reichsrath betreffen, weil sich gerade über diese Bestimmungen im Schoße des Reichsrathes selbst die divergirendsten Anschauungen geltend machen. § 7. Die

Delegation des Reichsrathes zählt 60 Mitglieder, wovon ein Viertel dem Herrsch Hause und drei Viertel dem Hause der Abgeordneten entnommen werden. § 8. Das Herrsch Haus hat die auf dasselbe entfallenden 15 Mitglieder der Delegation mittels absoluter Stimmenmehrheit aus seiner Mitte zu wählen. Die auf das Haus der Abgeordneten entfallenden 45 Mitglieder werden in der Weise gewählt, daß das ganze Haus aus seiner Mitte 5 Delegirte, die Abgeordneten der einzelnen Landtage nach dem nachstehenden Vertheilungsmodus die übrigen Delegationen entsenden, wobei ihnen freisteht, dieselben aus ihrer Mitte oder aus dem Plenum des Hauses zu wählen. Es haben mittels absoluter Stimmenmehrheit zu wählen die Abgeordneten aus dem Königreich Böhmen 9, aus dem Königreich Dalmatien 1, dem Königreich Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogthume Krakau 7, dem Erzherzogthume Oesterreich unter der Enns 4, dem Erzherzogthume Oesterreich ob der Enns 2, dem Herzogthume Salzburg 1, dem Herzogthume Steiermark 2, dem Herzogthume Kärnten 1, dem Herzogthume Krain 1, dem Herzogthume Bukowina 1, der Markgrafschaft Mähren 4, dem Herzogthume Ober- und Niederösterreich 1, der gefürsteten Grafschaft Tirol 2, dem Lande Vorarlberg 1, der Markgrafschaft Istrien 1, der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradisca 1, der Stadt Triest mit ihrem Gebiete 1. § 10. Die Wahl der Delegirten und ihrer Ersatzmänner wird von den beiden Häusern des Reichsrathes alljährlich erneuert.

— (Graf Goluchowski.) In der am 24sten d. M. stattgehabten Gemeinderathssitzung in Jaroslan haben, wie der „Deb.“ von dort geschrieben wird, sämtliche christlichen und israelitischen Gemeinderäthe aus Anlaß der in der Reichsrathsdebatte in Angelegenheit der Sara Radamska wider den Statthalter von Galizien Grafen Goluchowski von einigen Abgeordneten gefallenen ungünstigen Aeußerungen einstimmig beschlossen, dem Grafen Goluchowski zum Zeichen des vollsten Vertrauens zu seiner Person das Ehrenbürgerrecht der Stadt zu ertheilen.

Ausland.

Berlin, 28. October. (Fürst Hohenlohe und Thüngen) wurden gestern vom Grafen Bismarck empfangen und zum Diner geladen. Heute ertheilte der König dem Fürsten Hohenlohe und Thüngen eine längere Audienz im Beisein des Grafen Bismarck, welcher vorher einen Vortrag gehabt hatte. Fürst Hohenlohe und Thüngen kehren heute Abends nach München zurück.

Rom, 26. October. (Kampf in Vagnorea und Monte Rotondo.) Gestern hat eine Bande Garibaldianer die Grenze überschritten und einen Angriff auf Vagnorea versucht, wurde aber von der Garnison zurückgeschlagen und in die Flucht gejagt. Garibaldi befindet sich noch immer mit einer Bande von 4- bis 5000 Mann vor Monte Rotondo, welches von zwei Compagnien der Legion von Antibes und ungefähr 100 päpstlichen Gendarmen verteidigt wird. Die Truppen des päpstlichen Stuhles haben, trotz der erdrückenden Uebermacht der Belagerer, zwei Angriffe derselben siegreich zurückgeschlagen. Heute um 2 Uhr hat eine Colonne von 1000 päpstlichen Soldaten Rom verlassen, um Monte Rotondo zu unterstützen.

Paris, 28. October. (Pr.) Italien verlangt die Bewilligung, das flache Land zu occupiren, während die Franzosen Rom besetzen. — Man versichert, daß Oesterreich, Baiern, Belgien, Spanien und Portugal bereit sind, die September-Convention zu garantiren. — Der Kaiser von Oesterreich empfing gestern Herrn de Moustier. Er. Majestät geht nicht nach Brüssel.

St. Petersburg, 27. October. (Die Zolleinnahmen) im ersten Semester 1867 haben sich gegen die gleiche Periode des Jahres 1866 um 3., die Getränkesteuer um 4 Millionen vermehrt. Der Export von vier Jahren weist eine Zunahme von 60 Millionen auf. Vom Jahre 1862 bis 1867 hat der Staat für die Eisenbahnen 113 Millionen verausgabt. Die Regierung hat erklärt, vor 1869 keine neue Concession zu Eisenbahnen mit Zinsengarantie ertheilen zu wollen.

New-York, 25. October. (Quarez) wurde, Nachrichten aus Mexico zufolge, zum Präsidenten wiedergewählt. — Santa Anna wurde verbannt.

Tagesneuigkeiten.

— Sr. t. l. apostolische Majestät haben sich allergnädigst bewegen gefunden, dem in Wien in der Bildung begriffenen Casinovereine zur Erleichterung der ersten Einrichtung den Betrag von 10.000 fl. ö. W. zu spenden, so daß nunmehr eine gedeihliche nutzbringende Entwicklung dieses geselligen, kameradschaftliche und sachwissenschaftliche Zwecke verfolgenden Unternehmens zuversichtlich erwartet werden darf.

— (Telegraphische Geldsendungen.) Das ungarische Ministerium hat, wie der „Pester Lloyd“ vernimmt, im Einvernehmen mit dem Wiener Ministerium beschlossen, die telegraphischen Geldsendungen nach allen Orten, wo Filialcassen bestehen, einzuführen. Der Maximalbetrag einer Sendung zwischen Wien und Pest soll auf 5000 fl., für die übrigen Orte auf 1000 fl. und der Minimalbetrag auf 50 fl. fixirt werden.

— (Ein schreckliches Eisenbahnunglück) hat sich auf der französischen Nordbahn zugetragen. Der

von Calais kommende Expresszug gerieth kürlich Frühmorgens zwischen Gonesse und Bierresite aus den Schienen; die erste Depeche gibt die Zahl der Getödteten und Verwundeten auf ungefähr 80 an. Das Hospital Lariboisiere hat sofort Aerzte, Tragbahnen, Verbände u. s. w. mittelst Extrazuges abgeschickt.

Locales.

— Die gestrige „Novice“ nehmen von zwei vor einigen Tagen vorgefallenen Schlägereien, von denen die eine zwischen zwei Bauern aus der Umgebung, die andere zwischen Soldaten stattfand, den Anlaß, zu behaupten, es seien in den letzten Wochen (d. h. natürlich seit Herr Bezirksamtmann Pajl die Magistratsleitung übernommen) bei Tag und Nacht in der Stadt und den Vorstädten viele Unordnungen und Gewaltthatigkeiten vorgekommen. Die „Laib. Zeitung“ schweige aber dazu „mit stolischer Ruhe“ während das Blut stromweise fließt! Die „Laib. Ztg.“ habe doch früher unter der Leitung des Herrn Dr. C. H. Costa als Bürgermeister auch die geringfügigsten Vorfälle gewissenhaft verzeichnet, sie müsse also jetzt besondere Gründe zum Schweigen haben. Man sieht, wohin die Tendenz der „Novice“ geht. Wir können ihnen erwidern, daß wir unter der früheren Magistratsleitung bei weitem nicht alle unruhigen Ausbrüche, sondern nur diejenigen verzeichnet haben, welche die Stadtbevölkerung in Aufregung versetzten, weil sie politische Demonstrationen waren. Selbst diese, wie z. B. der Solot-Greß, haben wir in der rücksichtsvollsten Weise besprochen, wahrlich nicht, um die Urheber dieser Excesse zu schonen, sondern um die Verbitterung in der Bevölkerung nicht zu steigern. Seit Herr Bezirksamtmann Pajl die Magistratsleitung übernommen, dies constatiren wir auch vor aller Welt, zunächst aber vor der Bevölkerung Laibachs, herrscht die erwünschte Ruhe und Ordnung. Die Vorfälle der letzten Tage sind kein Gegenbeweis. Jedermann weiß, daß Herr Bezirksamtmann Pajl die Ruhe mit strenger, aber gerechter Hand aufrecht erhält, daß er insbesondere durch Entfernung des Gefindels aus den Vorstädten schon viel zur dauernden Erhaltung der Ruhe und Ordnung beigetragen hat, und es wird daher den grellen Uebertreibungen der „Novice“, denen die Tendenz auf der Stirne geschrieben steht, nicht gelingen, die Amtsführung des früheren Herrn Bürgermeisters in der gewünschten Weise zu illustriren. Die „Novice“ sind eben noch nicht das Organ der Bevölkerung Laibachs, welche, wir constatiren dies noch einmal, in ihrer großen gewichtigen Majorität mit der von der t. t. Regierung hinsichtlich der Localpolizei getroffenen Verfügung, durch welche der ruhige Bürger vor Ausschreitungen und Kundgebungen nationaler Gehässigkeit geschützt wurde, vollkommen einverstanden ist.

— (Das Einschreiten des krainischen Landtages) wegen Herabsetzung der Grundsteuerprocente von 16 auf 12 oder Abschreibung eines Pauschales von 150.000 fl. wurde vom t. t. Finanzministerium abschlägig beschieden, wornach es bis zu einer neuen Katastralschätzung bei dem bisherigen, mit allerhöchster Entscheidung vom 31sten December 1864 vorgeschriebenen Vorgange, demzufolge mit Ende jeden Jahres die Abschreibung der uneinbringlichen Rückstände erfolgen soll, zu verbleiben hat.

— (Herr Graf Franz v. Meran) hat die ihm am 24. d. M. telegraphisch bekannt gegebene Wahl zum Ehrenmitglied der t. t. Landwirtschaftsgesellschaft nicht nur laut telegraphischer Rückantwort am nämlichen Tage angenommen, sondern in einem Schreiben am folgenden Tage seine Freude über diese Wahl ausgedrückt, welche ihm ein Beweis sei, daß das Andenken an seinen geliebten Vater bei der krainischen Landwirtschaftsgesellschaft noch immer fortlebt, welche der Erzherzog Johann stets besonders hochschätzte.

— (Berichtigung.) Die in unserer Nr. 249 gebrachte Notiz, daß die Genehmigung der Statuten der neu zu errichtenden Gewerbebank bereits erfolgt sei, muß dahin berichtigt werden, daß die Bewilligung in nächster Aussicht steht.

— (Vereinsleben.) Gestern bielten der historische und der Musealverein eine Versammlung ab, welche durch die Anwesenheit des Herrn t. t. Landespräsidenten v. Conrad-Cybesch und des Herrn Landeshauptmannes Dr. Karl v. Wurzbach-Lannenberg ausgezeichnet und von den Mitgliedern zahlreich besucht war. Nachdem der Secretär des historischen Vereins, als einstweiliger Vorstand, die hohen Gäste gebührend begrüßt und die Bestrebungen der beiden Vereine ihrem Schutze empfohlen, begannen die Vorträge mit einer Vorlesung des Herrn Oberrealschulprofessors Rozina über die Reihe der Landesvicere, welche auf Grund selbständiger Archivforschungen die diesfälligen Angaben Dr. Kun's und Balzator's vielfach berichtigt. Es folgte ein Vortrag des Herrn Bergbauhauptmanns und Bergsrathes Trinker über den Zustand der Montanindustrie Krains, anschließend an die mit dem Jahre 1862 schließenden Daten des Herrn Bergcommissars Ritter v. Fritsch in den Mittheilungen der juristischen Gesellschaft Laibachs. Wir werden die interessante Abhandlung vollständig bringen. Schließlich legte Herr Dr. Valenta das Jahrbuch des „Alpenvereins“ vor, wies auf den vielfach interessanten Inhalt desselben hin und theilte sodann eine besonders in Bezug auf die Findelhausfrage wichtige statistische Arbeit mit, die Kindesmorde in Krain in den Jahren 1835 bis 1865 betreffend. Wir erwähnen daraus nur die bedeutungsvolle Thatsache, daß von 228 Kindesmörderinnen in diesem Zeitraume nicht Eine aus Laibach gebürtig war, was deutlich

der Einfluß der Gebärstalt und des Fingelbaues beweist. Prof. Valenta stellte eine auch für weitere Kreise bestimmte Bearbeitung des mitgetheilten statistischen Materiales in Aussicht, und wir können nur den Wunsch hinzufügen, daß dieselbe sich bei der seinerzeitigen Beurtheilung der Fingelbauesfrage in den Händen der Landesvertreter befinden möge. Der von Herrn Deschmann beabsichtigte naturhistorische Vortrag mußte wegen vorgerückter Zeit auf die nächste Versammlung verschoben werden. Bei der Ueberrückung des Stoffes im Vergleich zu der für eine Versammlung zu Gebote stehenden Zeit ist der Gedanke aufgetaucht, diese für die Sache der Wissenschaft gewiß sehr förderlichen Versammlungen alle 14 Tage abzuhalten. Als neue Mitglieder sind dem Musealvereine beigetreten: Herr Landespräsident Conrad v. Eybessfeld, Gymnasialprofessor Benjamin Knapp, Verghauptmann Joseph Trinker, Gutbesitzer Eduard Urbantschitsch.

(Jackson Haines, der berühmte Schlittschuhläufer), welcher sich heute Abend in unserem landeschaftlichen Theater produciren wird, ist von Geburt ein Amerikaner, geboren als Sohn eines angesehenen Kaufmanns in New-York am 4. October 1838, demnach 29 Jahre alt. Schon im Alter von 12 Jahren war er als geschickter Schlittschuhläufer bekannt. Bis zu seinem 18. Jahre war er eine Celebrität unter den Verehrern dieses Wintervergnügens in Amerika. Seine Carriere als Künstler datirt aber vom 7. September 1859, als dem Tage seines Debuts im Wal-lackstheater in New-York auf Salonschlittschuhen (parlor-skates). Dieses erste Debut war nicht weniger unglücklich, als das zweite, nach zweijährigem Studium im Jahre 1861 auf dem elegantesten Theater New-Yorks, dem Wintergarden versuchte. Jeder andere als ein Amerikaner wäre durch das Mißlingen abgescrickt worden. Die Bewegungen auf der Bühne (einer schiefen Ebene) aufwärts und abwärts, in einer gräßlichen Manier und nach dem Tacte der Musik auszuführen, d. i. auszugleichen, schien unmöglich, in Anbetracht der großen Muskelkraft, welche erforderlich wäre, nicht nur die Schnelligkeit aufwärts die Bühne zu befördern, sondern auch jene abwärts die Bühne zu mäßigen. Die fruchtbare Phantasie unseres Helden fand ein Auskunftsmittel, dies bestand darin, auf der Bühne in jeder Lage auf eine gefährlose Weise zu fallen, indem er immer auf einen gewissen Schutz beim Verlusse des Gleichgewichtes Bedacht nahm. Der dritte Versuch als „Le Novice“ am Bowerytheater glückte vollständig. Neunzig Abende tanzte er bei vollen Häusern mit dem größten Beifalle. Mit Ausnahme des Tanzes auf den Fußspitzen ist in Mr. Haines' Darstellung nichts so schwer oder so streng künstlerisch als seine Fallfiguren. Besonders interessant ist der Tanz auf den Fußspitzen der auf einem einzigen Kädchen am vordern Ende des Schlittschuhs von 1 Zoll Durchmesser und 1/2 Zoll Dicke ausgeführt wird. Haines' Erfolge waren bedeutend. In Russland, wo er zweimal in der Winterfaison auf dem Eise debutirte, erhielt er 3 Medaillen und der Kaiser überreichte ihm persönlich einen kostbaren Diamantenring. Er producirt sich außerdem vor den gekrönten Häuptern von Schweden, Dänemark, Preußen. — In Schweden und Dänemark tanzte er auf der Bühne und auf dem Eise, und zwar 100 mal auf der Bühne, darunter 8 mal im Propbeten in der königlichen Oper und 24 mal auf dem Eise. Bei seiner letzten Darstellung im royal club zu Stockholm decorirte ihn der König vor dem versammelten Hofe mit der königlichen Medaille Karl XV. für seine Kunst. Mr. Haines' Leistungen sind sowohl vom Standpunkte der Gymnastik als jenem der Aesthetik aller Aufmerksamkeit würdig. Die Idee hat Meyerbeer in seinem Propbeten schon vor Haines' Geburt geschöpft, diesem war es vorbehalten, sie auszuführen.

(Ein Circular von Karl Spiker's Wechselfestube in Wien) liegt der heutigen Nummer unserer Zeitung bei, auf welches die p. t. Leser hiermit noch besonders aufmerksam gemacht werden.

Telegramme.

Toulon, 29. October. Die permanente Aushebung für die Marine wurde in allen Marinebezirken wieder eingeführt. Diese Maßregel wird durch die gegenwärtigen Bewegungen der Escadres motivirt. Die Truppenzüge dauern fort.

Paris, 29. October. Die „Patrie“ schreibt: Man

hat seit gestern Morgens keinerlei Nachricht aus Rom. Depeschen aus Neapel sollen bestätigen, daß Garibaldi nach wiederholten Stürmen Monte Rotondo Sonntag besetzt habe. Die Streitkräfte Garibaldi's sollen sehr schwach sein. Ein sehr heftiger Wind hat die Fahrt der französischen Escadre verzögert. Privatnachrichten melden, daß die Landung heute Morgens erfolgt sei.

Paris, 29. October. Das vom Marquis de Moustier unterm 25. October an die diplomatischen Agenten Frankreichs im Auslande erlassene Rundschreiben lautet wie folgt: „Mein Herr! Wir wollen uns nicht damit befassen, in diesem Augenblicke die auf einander gefolgten Zwischenfälle aufzuzählen, welche eine für die Sicherheit des heiligen Stuhles eben so bedrohliche, als für die wahrhaften Interessen Italiens gefährliche Krise erzeugten und dieselbe bis zu ihren äußersten Consequenzen getrieben haben. Es genügt uns, dieselbe vom Standpunkte unseres Rechtes und unserer Ehre ins Auge zu fassen und die Pflichten zu constatiren, welche hieraus für uns hervorgehen. Die Convention vom 15. September 1864 wurde von der italienischen Regierung producirt und aus freien Stücken unterzeichnet. Sie verpflichtete dieselbe, die Grenze der päpstlichen Staaten gegen jeden äußeren Angriff in wirksamer Weise zu schützen. Niemand kann heute zweifeln, daß diese Verbindlichkeit nicht erfüllt worden ist und daß wir nicht im Rechte seien, die Dinge in den Stand zurückzubringen, wo sie sich vor der lokalen und vertrauensvollen Ausführung unserer eigenen Verbindlichkeiten durch die Räumung Roms befanden. Unsere Ehre legt uns sicherlich die Pflicht auf, nicht zu verkennen, welche Hoffnungen die katholische Welt auf den Werth eines mit unserer Unterschrift versehenen Actes gegründet hat. Wir halten aber dennoch darauf zu erklären, daß wir in keinerlei Weise eine Occupation erneuern wollen, deren Ernst wir besser als irgend jemand ermessen. Wir sind von keinerlei feindseligen Gedanken hinsichtlich Italiens befeßt; wir bewahren treu das Andenken an alle Bande, welche uns mit demselben vereinen. Wir sind überzeugt, daß der Geist der Ordnung und der Gerechtigkeit die allein mögliche Grundlage seiner Wohlfahrt sei, und seine Größe wird nicht zögern, sich entschieden zu befestigen. Sobald das päpstliche Gebiet befreit und die Sicherheit wieder hergestellt sein wird, werden wir unsere Aufgabe erfüllt haben und uns wieder zurückziehen. Aber von nun an müssen wir die Aufmerksamkeit der Mächte auf die gegenseitige Lage Italiens und des heiligen Stuhles lenken. Ebenso dabei theilhaftig wie wir, in Europa die Principien der Ordnung und der Stabilität zur Geltung zu bringen, zweifeln wir nicht, daß sie sich mit Fragen in dem aufrichtigen Wunsche nach ihrer Lösung befassen, an welche sich für eine so große Anzahl ihrer Unterthanen moralische und religiöse Interessen von dem erhabenen Charakter knüpfen. Dieses sind, mein Herr, die Erwägungen, welche Sie sich bestreben werden geltend zu machen, und welche, ich vertraue darauf, die Regierung, bei der Sie beauftragt sind, würdigen wird. Gezeichnet: Moustier.“

Paris, 30. October. (Fr. Ztg.) Die „Liberté“ meldet: Der Versuch Italiens, zur Vertreibung der Garibaldiner vom päpstlichen Gebiete ein Zusammenwirken der italienischen Armee mit den französischen Truppen zu erlangen, wurde von der französischen Regierung zurückgewiesen. Die Antwort läßt die Hoffnung durchblicken, die Expedition auf die Landung in Civitavecchia beschränken zu können. — Dienstag Abends findet im österreichischen Botschaftshotel ein großes Diner statt, das Monarchenpaar, die Kaiserin und die Erzherzoge werden demselben beizumohnen. — Der „Moniteur“ meldet: Die französische Flotte ist am 28. October Abends vor Civitavecchia angelangt, damals war Rom ruhig und waren Vorsichtsmaßregeln ergriffen, um den Angriff des noch einige Meilen von Rom entfernten Garibaldi zurückzuweisen. In Florenz dauert die Ruhe fort.

Telegraphische Wechselcourse vom 30. October.

Spec. Metalliques 56.10. — Spec. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 57.90. — Spec. National-Anleihen 65.10. — Bankactien 67.9. — Creditactien 176.70. — 1860er Staatsanleihen 81.70. — Silber 122. — London 124.40. — R. l. Ducaten 5.94 1/2.

Geschäfts-Zeitung.

Zur Telegraphenwesen treten mit 1. Januar l. J. wichtige Vertheilungsänderungen ins Leben. 1. Wird die Gebühr für eine einfache Depesche mit 20 Worten im ganzen Umfange der Monarchie auf 40 Kreuzer herabgesetzt. — 2. In jedem Stempel- oder Briefmarken-Verschieße werden Telegraphen-Marken zu 40 Ktr. zum Verkaufe erliegen, wodurch, indem der Aufgeber nur nöthig hat, eine oder nach Bedarf mehrere in vorhin eingekaufte Marken auf das ausgefüllte Blanket aufzukleben, eine weit schnellere Manipulation erzielt wird, weil die bei der Depeschenaufgabe beschäftigten Beamten sich ferner weder mit der Geldverrechnung noch mit dem zeitraubenden Geldwechseln aufhalten werden. — Endlich 3. wird (wie in Preußen) die telegraphische Geldnachnahme eingeführt und kann z. B. ein Reisender, bei welchem sich während der Reise oder entfernt von der Heimat unerwartet ein größeres Geldbedürfnis einstellt, binnen der zum Depeschwechsel und den beiden Aufstellungen nöthigen kurzen Zeit in kleineren Stationen einen Betrag von 25–30 fl., in Hauptstädten aber Beträge in jeder Höhe gegen Entrichtung der tarifmäßigen Gebühren in Empfang nehmen. Empfangsbefestigungen für aufgegebenen Telegramme sollen künftig nur dann ausgestellt werden, wenn die Parteien es ausdrücklich etwa zum Rechnungsbelege fordern.

Laibach, 30. October. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 25 Wagen mit Getreide, 30 Wagen und 5 Schiffe (23 Kister) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Wt. fl.	Wt. fl.		Wt. fl.	Wt. fl.
Weizen pr. Metzen	6.30	7.15	Butter pr. Pfund	—	36
Korn „	3.80	4	Eier pr. Stuck	—	2
Gerste „	2.90	3.60	Milch pr. Maß	—	10
Hafer „	1.80	2	Rindfleisch pr. Pfd.	—	21
Halbfrucht „	—	4.90	Kalbsteisch „	—	24
Heiden „	3.10	3.50	Schweinefleisch „	—	20
Hirse „	3	3.24	Schöpfensfleisch „	—	12
Kukuruz „	—	4	Hühner pr. Stuck	—	30
Erbsen „	1.70	—	Tauben „	—	12
Linsen „	4.40	—	Hen pr. Brutner	—	1
Erbsen „	4.40	—	Stroh „	—	70
Erbsen „	5	—	Holz, hart, pr. Kst.	—	7.50
Rindschmalz Pfd.	—	43	— weiches „	—	5.50
Schweinschmalz „	—	42	Wein, rother, pr.	—	—
Speck, frisch „	—	28	— Eimer	—	12
— geräuchert „	—	40	— weicher „	—	13

Angekommene Fremde.

Am 29. October.

Stadt A. ien. Die Herren: Schulz, Handelsm., von Steiermark. — Schwarz, Handelsm., von München. — Bernfeld, Handelsm., von Wien. — Krauseneck, Fabrikdirector, von Triest. — Baron Wpalters, Herrschaftsbes., von Grönhof. — Clephant. Die Herren: Graf Auerberg, aus Unterfrank. — Fürst Lothar Metternich, k. k. Kammerer und Regierungsrath, von Wien. — Fibronz, von Sabor. — Kaiser von Oesterreich. Die Herren: v. Riva, Besitzer. — Kaitnegger, von Tolmein. — Zupancic, Lehrer, von St. Gertraud. — Mohren. Herr Fuchs, Privatier, von Graz.

Theater.

Heute Donnerstag:

Außerordentliche Gastvorstellung des amerikanischen Schlittschuh-Tanz-Künstlers Herrn Jackson Haines

Das hohe C.

Luftspiel in 1 Act von M. A. Grandjean. Großes Potpourri, ausgeführt von Herrn Jackson Haines.

Englisch.

Luftspiel von 1 Act von E. A. Börner. Le Novice, ausgeführt von Herrn Jackson Haines.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

October	Zeit der Beobachtung	Barometerestand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Witterung	Wasserstand in der Draua
6. u. 12.	Wg.	328.43	+ 0.8	windstill	Nebel	—
30. 2 „ 12.	Wg.	327.89	+ 9.1	windstill	3. Hälfte bew.	0.00
10 „ 12.	Wg.	328.17	+ 3.6	windstill	dünn bew.	—

Morgens Neif. Tagüber fedrige Schichtwolken. Intensives Abendroth.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmann.

J. R. Nr. 7!

Jetzt! dürfen Sie wieder schreiben!

Pa

Börsenbericht.

Wien, 29. October. Wenig Geschäft bei kaum veränderten Coursen, sowohl auf dem Effecten- als auf dem Devisen und Valutenmarkt. Geld abundant.

Oeffentliche Schuld.

A. des Staates (für 100 fl.)	Geld	Waare
In d. W. zu 5 pCt. für 100 fl.	52.50	52.60
In österr. Währung steuerfrei	56.60	56.80
„ Steueranl. in d. W. v. 3. 1864 zu 5 pCt. rückzahlbar	87.25	87.75
Silber-Anleihen von 1864	74.—	74.50
Silberanl. 1865 (Frcs.) rückzahlb. in 37 Jahr. zu 5 pCt. 100 fl.	77.50	78.—
Nat.-Anl. mit Jan.-Coup. zu 5%	65.40	65.60
„ „ „ „ Apr.-Coup. „ 5%	65.20	65.30
Metalliques „ 5%	56.—	56.20
„ „ „ „ „ 5%	57.75	58.—
„ „ „ „ „ 4 1/2%	49.50	49.75
Mit Verlos. v. 3. 1839	141.50	142.—
„ „ „ „ 1854	72.25	72.75
„ „ „ „ 1860 zu 500 fl.	81.60	81.70
„ „ „ „ 1860 zu 100 „	90.—	90.50
„ „ „ „ 1864 „ 100 „	74.60	74.70
Como-Renteaufsch. zu 42 L. aust.	19.75	20.25
B. der Kronländer (für 100 fl.)	Gr.-Entl.=Oblig.	
Niederösterreich „ zu 5%	89.—	90.—
Oberösterreich „ „ 5%	86.50	87.50

Geld	Waare
Salzburg zu 5%	86.— 87.—
Böhmen „ 5%	88.50 89.—
Mähren „ 5%	86.75 87.25
Schlesien „ 5%	88.— 89.—
Steiermark „ 5%	89.50 90.—
Ungarn „ 5%	68.75 69.50
„ Temeser-Banat „ 5%	68.— 68.50
Croatien und Slavonien „ 5%	70.— 70.75
Galizien „ 5%	66.— 66.75
Siebenbürgen „ 5%	64.— 64.50
Bukovina „ 5%	64.50 65.—
Ung. m. d. B.-E. 1867 „ 5%	65.25 65.75
„ Tem. B. m. d. B.-E. 1867 „ 5%	65.25 65.75

Action (pr. Stuck).

Nationalbank (ohne Dividende)	679.— 680.—
A. Ferd.-Nordb. zu 1000 fl. C. M.	1720.— 1725.—
Kredit-Anstalt zu 200 fl. C. M.	176.30 176.40
N. d. Escom.-Ges. zu 500 fl. C. M.	604.— 606.—
S.-E.-G. zu 200 fl. C. M. o. 500 fl.	234.10 234.30
Kais. Elis. Bahn zu 200 fl. C. M.	138.— 138.50
Süd.-nordb. Ver.-B. 200 „	122.50 123.—
Süd.-öst. L.-v.-n. z. t. C. 200 fl.	173.50 174.—
Gal. Karl-Lud.-B. zu 200 fl. C. M.	207.50 207.75

Geld	Waare
Böhm. Westbahn zu 200 fl.	139.50 140.—
West.-Don.-Dampfsch.-Ges.	468.— 470.—
Oesterreich. Lloyd in Triest	170.— 175.—
Wien-Dampfsch.-Actg. 500 fl. C. M.	440.— 450.—
„ Pesther Kettenbrücke . . .	370.— 380.—
Anglo-Austria-Bank zu 200 fl.	104.50 105.50
Leibnitzer Cernowitzer Actien .	172.50 173.—

Pfandbriefe (für 100 fl.)

Nationalbank auf verlosbar zu 5%	96.30 96.60
„ C. M. „ „ „ „ „	— — —
Nationalb. auf 5% verlosb. 5 „	91.70 91.90
Ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2%	89.75 90.—
Allg. öst. Bod.-Cred.-Anstalt verlosbar zu 5% in Silber	105.— 105.50
Domainen, Spec. in Silber .	104.— 104.25

Loose (pr. Stuck.)

Cred.-A. f. S. u. G. z. 100 fl. C. M.	126.— 126.50
Don.-Dampfsch.-G. z. 100 fl. C. M.	85.50 86.50
Stadtbem. Dsen „ 40 „ d. W.	23.— 24.—
„ „ „ „ 40 „ C. M.	100.— 101.—
„ „ „ „ 40 „ „	29.— 29.50
„ „ „ „ 40 „ „	21.25 22.25

Geld	Waare
Clary zu 40 fl. C. M.	24.— 25.—
St. Genois „ 40 „ „	23.— 23.50
Windischgrätz „ 20 „ „	17.50 18.50
Waldstein „ 20 „ „	18.50 19.50
Regiebach „ 10 „ „	12.— 12.50
Rudolf-Stiftung „ 10 „ „	11.75 12.25

Wechsel (3 Monate)

Augsburg für 100 fl. südd. W.	103.75 104.—
Frankfurt a. M. 100 fl. detto	103.80 104.10
Hamburg, für 100 Mark Banco	91.75 92.—
London für 10 Pf. Sterling	124.40 124.50
Paris für 100 Franks . . .	49.40 49.50

Cours der Geldsorten

Geld	Waare
R. Münz-Ducaten 5 fl. 94 Kr.	5 fl. 95 Kr.
Napoleon's or . . . 9 „ 96 „	9 „ 97 „
Russ. Imperials . . 10 „ 20 „	10 „ 21 „
Bereinshtaler . . . 1 „ 82 1/2 „	1 „ 83 „
Silber . . . 121 „ 50 „	121 „ 75 „
Krainische Grundentlastungs-Obligationen, per 100 fl. v. 1848	87 Geld, 93 Waare.